Annegret und die Schmuddelkinder

Ich kann nicht sagen, was mich in dieser Woche mehr überrascht hat: der Rücktritt vom ewigen FIFA-Boss Sepp Blatter vier Tage nach seiner erneuten Wahl in dieses Amt, oder die Aussage der saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer zur Forderung nach der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zur Ehe. Die CDU-Politikerin lehnte in einer Eindeutigkeit die sogenannte Homo-„Ehe“ und ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ab, dass es mir kurz den Atem verschlug. Zum einen, weil nach der Aufforderung von Präsidiumsmitglied Jens Spahn am Vortag, doch die Lesben und Schwulen nicht weiter zu verärgern, alles darauf hindeutete, dass die CDU das nächste Umfallen strategisch vorbereitete. Zum anderen, weil Frau Kramp-Karrenbauer – kurz AKK – stets zum liberalen Flügel einer spürbar sozialdemokratisierten Union gezählt wird. Damit ist es nun wohl vorbei. Liebe Frau Ministerpräsidentin: Willkommen im Kreis der Schmuddelkinder, willkommen bei den homophoben Rechtspopulisten! Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden ihres Interviews in der Saarbrücker Zeitung ergoss sich der inzwischen unvermeidliche „Shitstorm“ über ihr aus, auf ihrem Facebook-Profil ebenso wie beim Shitstorm-Medium Nummer 1, auch Twitter genannt. Die Freunde der Toleranz zogen alle Register, beschimpften und beleidigten die Politikerin, übelster Sexismus inklusive. Ja, wenn es um Toleranz geht, kennen sie keine Gnade, da wird auf jeden, der auch Toleranz einfordern könnte, draufgehauen, dass die Schwarte kracht. Jeder, der – und sei es noch so feinfühlig und sachlich begründet – gegen die Gleichstellung argumentiert, kennt das und hat es schon erlebt. Dieses Mal hat es allerdings eine andere Qualität, denn AKK ist gewählte Ministerpräsidentin eines Bundeslandes. Sie kann man nicht ohne weiteres zur Aussätzigen und zum Paria erklären, wie das ja sonst bei Konservativen und Christen immer so wunderbar klappt. Rechtspopulist, Fundamentalist, Homphob – Klappe zu, Affe tot. Mit Annegret Kramp-Karrenbauer hat die Diskussion um die Homo-„Ehe“ noch einmal an Fahrt aufgenommen und eine – wie ich meine – im Grundsatz richtige (über Formulierungen oder Vergleiche kann man immer streiten) Haltung auf die etablierte Agenda gefunden. Dafür bin ich ihr dankbar, egal, in welcher Partei sie ist und für welche Politik sie sonst steht.

Vergessen Sie nicht Ihren Schaumstoffring um den Kopf!

Und weiter geht’s mit der Vollkasko-Republik. Ab 1. Juni tritt eine neue Verordnung in Kraft, die sich das Bundesarbeitsministerium von Andrea Nahles (SPD) ausgedacht hat. In einer „Betriebssicherheitsverordnung“ wird festgelegt, dass nur noch geschultes Personal die historischen Umlaufaufzüge benutzen darf. Alle anderen bitte auf Treppe oder einen modernen Lift umsteigen! Die deutsche Politik arbeitet in Bund und Land weiter mit Hochdruck daran, uns vor uns selbst zu schützen. Sicher erinnern Sie sich noch an den „Veggie Day“, der Gott sei’s gedankt, bisher nicht vorgeschriebene Realität ist, aber dennoch von besonders fortschrittlichen Einrichtungen schon mal eingeführt wurde.

Schließlich weiß man doch, was gut für uns ist. Wir sollen kein Fleisch essen. Oder noch besser: Gar nichts mehr vom Tier. Wir sollen auch nicht rauchen, selbst da, wo wir nur und ausschließlich unter Rauchern sind und uns treffen, um zu rauchen. Natürlich sollen wir Energie sparen, und wer im eigenen Garten ein Feuer ohne Erlaubnis anzündet, hat schnell die Polizei vor der Haustür. Apropos Garten: Wer im eigenen Garten einen Baum fällen möchte, muss vorher beim Amt fragen. Wer das nicht macht – Bußgeld. Wer das doch macht, bekommt die Anweisung, was dafür an welcher Stelle neu zu pflanzen ist. Ja, der Staat weiß, was gut für uns ist. Er sagt uns, dass wir Energie sparen müssen und auch wie oder was es andernfalls kostet. Er sagt uns, dass wir uns anschnallen müssen oder wenigstens einen Helm aufsetzen, wenn wir aus dem Haus gehen – könnte ja mal irgendwo irgendetwas runterfallen. Oder wir selbst um-, etwa mit dem Fahrrad. Und nun sagt er uns, dass wir ohne entsprechenden Führerschein nicht mehr Paternoster fahren dürfen, weil es zu gefährlich ist. Was kommt als Nächstes? Ich schlage vor: Grillen nur noch im feuerabweisenden Ganzkörper-Schutzanzug. Spielen auf dem Kinderspielplatz nur noch vorschriftsmäßig mit Schutzhelm und Schienbeinschonern. Und wer in Bürogebäuden mit viel Glas arbeitet, bitte immer einen großen Schaumstoffring um den Kopf tragen, damit sich keiner verletzt, wenn er mal gegen eine Glastür läuft. Wenigstens wollen sie uns jetzt das Kiffen erlauben….

Zur Paternoster-Groteske empfehle ich denjenigen unter Ihnen, die gern herzlich lachen, einen schönen Text aus dem Blog Ruhrbarone. Sie finden ihn hier…

Keine Entschuldigung

Nun hat sich Kölns Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki also endlich auch mal entschuldigt. Für einen Artikel der Kölner Kirchenzeitung zum Thema Homo-„Ehe“. Und in der vergangenen Woche hat sich die Redaktionsleitung des „Westfalen-Blatt“ für eine Kolumne entschuldigt. Zum Thema Homo-„Ehe“. Und heute ….werde ich mich nicht entschuldigen, denn man darf in einem freien Land gegen die Gleichstellung mit der traditionellen Ehe aus Mann und Frau sein, ohne sich dafür entschuldigen zu müssen.

Kriegsende, Mondlandung und Homo-Ehe

Ist der Hunger auf der Welt besiegt worden? Hat Nordkorea seine Grenzen geöffnet? Sind wieder Flüchtlinge im Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet worden? Wurde endlich ein zuverlässiger Impfstoff gegen Ebola entdeckt? Hat der IS die Waffen niedergelegt? Ich behaupte: selbst wenn, könnte die

mediale Begeisterung nicht größer sein als heute, denn – setzen Sie sich hin und halten Sie sich fest – in Irland wird die „Homo-Ehe“ zugelassen. Und nicht nur das, sondern sogar mit mehrheitlicher Zustimmung in einer Volksabstimmung. Schon schreiben erste Kommentatoren hierzulande von einem unerwarteten Erfolg in einem „erzkatholischen Land“, was allerdings ein Paradoxon ist, denn wenn Irland tatsächlich „erzkatholisch“ wäre, hätte es keine Mehrheit gegeben. Aber lassen wir das. Die Schlacht um die Zulassung der „Homo-Ehe“ ist geschlagen, übrigens nicht nur in Irland, sondern überall im Westen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis man auch in Deutschland irgendeinen Dreh finden wird, den das Verfassungsgericht dann salomonisch abnickt. Sei’s drum. Wenn die Mehrheit das will, sollen sie es haben. Demokratie nennt man das. Was mich gerade aber sehr belustigt, ist der Medienhype, der heute Vormittag eingesetzt hat. Dieser unbeholfene und durchsichtige Versuch, ein an sich wenig bedeutendes Ereignis, wie eine Volksabstimmung in Irland, zur wichtigesten Nachricht des Tages hochzujazzen. Hauptsache, das Thema passt. Schon fünf Mal hat es in Irland den Versuch gegeben, per Volksabstimmung Abtreibungen zu legalisieren. Fünf Mal lehnten die Iren das ab. Können Sie sich erinnern, dass das mal Aufmacher in Spiegel, Welt und Süddeutscher war? Wer wissen möchte, was Medienkritiker mit „Mainstream“ bezeichnen, bekommt am heutigen Tag allerbestes Anschauungsmaterial.

Warum verdient man mehr, wenn man streikt, als wenn man arbeitet?

Nun wird also geschlichtet. Die GdL hat ihren Streik, den neunten in der aktuellen Auseinandersetzung, beendet. Wieviel Schaden sie für Kassen und Ansehen der Bahn hinterlassen hat, kann noch nicht abschließend beurteilt werden. Aber festzustellen bleibt: Herr Weselsky und seine Kleingewerkschaft haben ihr Ziel erreicht. Die GdL bekommt eine Extrawurst, sie entscheidet unabhängig, ob sie Tarifvereinbarungen zwischen Bahn und der weitaus größeren Gewerkschaft EVG akzeptiert…oder eben nicht. Darum ging es, alles andere war nur lautstarke Begleit-Tamtam. Und als Freund freier Gewerkschaften stellt sich mir schon die Frage, ob das Streikrecht, das einstmals geschaffen wurde, um den Arbeitnehmerorganisationen eine starke Waffe gegen die Arbeitgeber bei Tarifauseinandersetzungen in die Hand zu geben, für so eine Auseinandersetzung zwischen zwei Gewerkschaften ein akzeptables Mittel sein darf. Was die GdL vorgemacht hat, könnte ja durchaus auch ein Beispiel geben, wie sich zukünftig auch andere kleine Gewerkschaften in Szene setzen könnten. Ist das wirklich im Sinne der Arbeitgeber? Oder würde eine solche Entwicklung den florierenden Wirtschaftsstandort Deutschland irgendwann belasten, ja schädigen? Ich kann mich noch daran erinnern, wie in den 80er Jahren eine Vielzahl von Kleingewerkschaften die Wirtschaft in Großbritannien lähmte. Irgendwer streikte in den großen Firmen immer. Ein unhaltbarer Zustand, den dann Margret Thatcher mit Brachialgewalt beendete, was ihr den Titel „Eiserne Lady“ einbrachte.

Nun wird analysiert und kommentiert, und wir alle werden sehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln. Aber ich möchte noch einen eigenen zaghaften Einwurf wagen. Ein Freund, der sich mit Arbeistrecht viel besser auskennt als ich, macht mich gestern darauf aufmerksam, dass Streikgeld nicht versteuert werden muss und auch nicht zu den Sozialabgaben herangezogen wird. Ich konnte das erst gar nicht glauben. Streikgeld – das ist, was die Gewerkschaften ihren Mitgliedern als Ersatz für Gehaltausfälle während eines Streiks zahlen. Bei der GdL waren es zuletzt 100 Euro am Tag. Netto. Das schafft die absurde Situation, dass ein streikender Lokführer mehr Geld auf die Hand bekommt, wenn er mit einem Fähnchen vor dem Bahnhof steht, als wenn er einen Zug bewegt. Ich habe das dann mal nachgeblättert und tatsächlich: Der Bundesfinanzhof hat am 24. Oktober 1990 entschieden, dass „Streikunterstützungen“ keine Lohnersatzleistungen sind und ergo weder der Einkommensteuer noch dem sogenannten Progressionsvorbehalt unterliegen. Und sozialversicherungspflichtig sind sie auch nicht. Verstehen Sie das? Ich nicht. Schon gar nicht in einem Land, in dem Teile der Politik – Beispiel Erbschaftssteuer – sonst auch mit Doppelbelastungen beim Steuerkassieren nicht zimperlich sind.

Die Dokumentation eines bemerkenswerten Vorgangs

Nachfolgende aktuelle Begebenheit aus dem deutschen Alltag schildere ich mal wertfrei und unkommentiert. Machen Sie sich selbst ein Bild….

Am vergangenen Sonntag erschien in der Zeitung „OWL am Sonntag“, die zum Bielefelder Westfalen-Blatt gehört, eine Kolumne der Diplom-Psychologin Barbara Eggert. Unter der Überschrift „Unsere Töchter schützen“ beantwortete Frau Eggert die Frage eines Lesers namens Bernhard:

„Unsere Töchter sind acht und sechs Jahre alt. Mein Bruder wird demnächst seinen Freund heiraten und möchte, dass unsere Mädchen Blümchen streuen. Meine Frau und ich haben unseren Kindern beigebracht, dass die Ehe eine ernste Entscheidung zwischen Mann und Frau ist. Mein Bruder und sein Freund sind wunderbare Menschen, aber eine Ehe finde ich unpassend. Ich will nicht, dass unsere Töchter sich in ihrem Alter mit dem Thema der sexuellen Orientierung befassen.“

Die (verkürzte) Antwort der Diplom-Psychologin:

„Aber bei allem Respekt, es muss nicht sein, sechs- und achtjährige Kinder einzuladen. Ich gebe Ihnen recht, ihre Töchter würden durcheinander gebracht und können die Situation Erwachsener nicht richtig einschätzen. Sagen Sie Ihrem Bruder, dass Ihre Kinder an der Feier nicht teilnehmen, weil sie nicht möchten, dass die Kinder verwirrt werden.“

In den sozialen Netzwerken erhob sich unmittelbar nach der Veröffentlichung ein sogenannter „Shitstorm“, wütende Protestmails erreichten die Redaktion, die sich sogleich entschuldigte für mögliche

Verletzung von Gefühlen und versicherte, man habe überhaupt nichts gegen Homosexuelle. Auch Frau Eggert ruderte erschrocken zurück und teilte in der Zeitung mit:

„Hier geht es nicht um meine Weltanschauung oder einen gesellschaftlichen Konflikt, sondern um ein ganz privates, nicht repräsentatives Problem eines verunsicherten Vaters. Ich habe ihm geschrieben, dass seine Kinder vielleicht nicht liberal genug erzogen wurden….“

Inzwischen hat sich die Redaktionsleitung des Westfalen-Blattes ein weiteres Mal distanziert und teilt mit:

„Frau Eggert wird fortan nicht mehr für uns schreiben, wir werden ihre Kolumne beenden.“

So weit zum Vorgang.

Nur zur Klarstellung möchte ich noch sagen: Dies ist kein Beitrag über Homosexualität oder die Ehe. Dies ist ein Beitrag über Political Correctness und Meinungsfreiheit.

In Passau hat sich’s ausgefensterlt

Die Sportstudenten an der Uni Passau veranstalten alljährlich eine große Gaudi. Gesucht wird der „Fensterl-König“, also ein junger Mann, der überzeugend und alten bayerischen Traditionen folgend, einen Weg an der Hauswand hoch ins Kämmerlein der Liebsten bewältigt (natürlich mit derem Einverständnis). Ein großer Spaß – wenn man Humor hat. Der geht allerdings der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule offenbar völlig ab. Sie ließ die Veranstalter nun wissen, dass mit dieser Gaudi „Frauen zum Objekt“ degradiert würden. Deshalb musste die Veranstaltung abgesagt werden, weil sie nicht auf universitärem Grund und Boden stattfinden darf.

Diese neueste Posse des allgegenwärtigen Gender-Wachpersonals ist atemberaubend. Die Publizistin Birgit Kelle, wie Sie wissen, mit mir auch ohne Fensterln verheiratet, hat dazu eine überaus launige Betrachtung geschrieben, die ich Ihnen an dieser Stelle zur Lektüre empfehle.

Ein Frischgezapftes auf dem Weg zum

Gesangbuchständer

Die Präses_*In der Evangelischen Kirche in Westfalen, Annette Kurschus, überraschte heute wieder mit einem genialen Gedanken. Da viele Leute sonntags gerne ausschlafen, könnte man doch die Gottesdienste erst einige Stunden später veranstalten. Sie bezog sich damit auf eine Studie des Religionssoziologen Detlef Pollack von der Universität Münster. Der hat einen schleichenden Bedeutungsverlust der Kirchen festgestellt. Der Rückgang der Gottesdienstbesucher sei keine Folge schlechter Predigten, sondern viele Leute wollten lieber ausschlafen oder Zeit mit der Familie verbringen oder zum Fußball gehen. Nun sind Fußballspiele ja in der Regel nachmittags – geht also eigentlich auch nicht. Man könnte abends zum Gottesdienst einladen, aber da läuft der „Tatort“. Kein einfaches Geschäft. Mir fallen noch weitere Innovationen ein, wie sich die Kirche an die Freizeitgewohnheiten der Menschen anpassen könnte. Vielleicht könnte man auf Bildschirmen während des Gottesdienstes Fußballübertragungen zeigen, ohne Ton natürlich. Und viele junge Menschen trinken am Wochenende gern mal ein Bier. Vielleicht würde es helfen, an der Kirchentür ein Fässchen aufzubauen und Frischgezapftes auf dem Weg zum Gesangbuchständer zu reichen. Der Anpassung nach unten sind heutzutage keine Grenzen mehr gesetzt….

Wer die Ärmel hochkrempelt, ist hierzulande der Doofe

Der Bund der Steuerzahler fragt dieser Tage zurecht: Warum erheben eigentlich Städte Gebühren, wenn Wirte vor ihren Gaststätten eine Außengastronomie betreiben, was ja ohnehin nur reglementiert möglich ist? Sie investieren, machen den Laden attraktiver und finden so mehr Kunden. Die sorgen für höhere Einnahmen, von denen der Staat ja durch Steuereinnahmen mittelbar auch profitiert. Viel wichtiger aber: viele Innenstädte in Deutschland veröden, weil die Leute zum Einkaufen lieber „auf die grüne Wiese“ fahren, also an den Stadtrand, wo die Großhändler und ausreichend Parkplätze sind. Wenn also Wirte etwas unternehmen, um wieder Menschen in die City zu locken, müssten sie eigentlich eine Belobigung vom Bürgermeister erhalten, ganz sicher aber nicht mit zusätzlichen Gebühren belastet werden. Doch ich nehme an, solches Denken ist dem Staat fremd.

Grenzen zu für Peter Singer!

Der australische Philosoph und Bioethiker Peter Singer soll am 26. Mai in Berlin einen Preis bekommen. Singer will Tiere schützen, und er fordert die Zuerkennung von Menschenrechten für Affen. Vor allem

aber vertritt er auch öffentlich seine Ansicht, dass man schwerstbehinderte Babys bis vier Wochen nach ihrer Geburt noch töten dürfen sollte. Sie seien keine „Personen“ und hätten noch keine Selbstwahrnehmung. Nun, Singer hat bisher nicht konkretisiert, wie er sich das genau vorstellt – Giftspritze, elektrisches Wochenbett oder Schwert – aber er ist lebendiges Beispiel dafür, wie sich die Dinge entwickeln, wenn menschliches Leben unter Umständen zur Disposition gestellt wird. Wir erleben das ja bei vielen Problematiken aus dem Bereich des Lebensrechts. Abtreibung? Ja, aber nur in schlimmen Notfällen. Was ist inzwischen daraus geworden? Genetische Manipulationen? Ist ja nur, um Kranke zu heilen, nicht zum Klonen. Wie weit sind wir inzwischen? Sterbehilfe? Opa wollte das eigentlich so, er konnte es nur nicht mehr formulieren. Es geht immer weiter. Kennen Sie die Geschichte von der Büchse der Pandora aus der griechischen Mythologie? Als sie geöffnet wurde, kam soll das Böse in die Welt gekommen sein. Ich meine, wenn es um das Recht auf Leben geht, sollten keine Büchsen geöffnet werden. Deshalb bin ich auch gegen die Todesstrafe. Menschen sollten nicht darüber entscheiden dürfen, ob andere Menschen leben. Sonst bringt irgendwann jemand die dann logiosche Frage auf die Agenda, warum ein unschuldiges, behindertes Kind getötet werden darf, ein überführter Kindermörder aber nicht. Und Peter Singer? Wenn international bekannte Rechtsradikale nach Deutschland einreisen wollen, weist man sie an unseren Grenzen ab. Wenn Terrorverdächtige einreisen wollen, weist man sie ab. Ich meine, man sollte auch die menschenverachtenden Vordenker der Kultur des Todes nicht nach Deutschland einreisen lassen.